

Verkehrsausschuß
51. Sitzung

24.11.1988
the-ro

Frau Abg. Thomann-Stahl (F.D.P.) begründet den Antrag ihrer Fraktion, den Ansatz bei Titel 883 20 - Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen - um 10 Millionen DM auf 90 Millionen DM zu erhöhen: Angesichts der immer zahlreicher werdenden Berichte über den Sanierungsbedarf insbesondere von Brückenbauwerken, wozu sich auch der Minister in einer Presseerklärung geäußert habe, halte die F.D.P. es für dringend erforderlich, den Ansatz um mehr als die im Haushaltsplanentwurf vorgesehenen 7,5 Millionen DM zu erhöhen.

Nach ihr vorliegenden Informationen beabsichtige der Bund, die Unterhaltungspauschale für Bundesstraßen um 3 bis 4 % anzuheben. Sie verbindet damit die Frage, ob auch die Unterhaltungspauschale für Landesstraßen entsprechend angehoben werden solle, ob diese Anhebung bereits im Haushalt berücksichtigt und, wenn ja, in welchem Titel und in welcher Höhe sie ausgewiesen sei.

Staatssekretär Dr. Nehrling (MSWV) macht darauf aufmerksam, daß die Frage nach der Pauschale einen anderen Titel betreffe. Er bestätigt, daß das Bundesverkehrsministerium eine Anhebung der Pauschale für Unterhaltung und Instandsetzung plane. Das Land habe für 1989 keine Anhebung vorgesehen; für 1990 müßte dies neu geprüft werden. Jedenfalls gebe es keinerlei Festlegung, daß das eine das andere automatisch bedinge.

Im Zusammenhang mit dem Antrag der F.D.P.-Fraktion weise er den Ausschuß auf eine Entwicklung hin, die die Landesregierung zunehmend mit Sorge erfülle: Im Zuge der EG-Maßnahmen seien in den letzten Jahren ständig Achslastvergrößerungen bewilligt worden. Neuerdings werde diskutiert, breitere Kühlwagen zuzulassen.

Inzwischen sei die Grenze des Tragbaren erreicht und nach seiner Einschätzung sogar schon überschritten. Allein für die Reparatur der Bundesfernstraßen rechne man mit einem jährlichen erhöhten Mittelaufwand von über 300 Millionen DM.

Wenn auch die ausländischen Lastwagen in erster Linie Bundesstraßen benutzen, so gehe die Entwicklung doch auch nicht ganz an den Landesstraßen vorbei. Er bitte deshalb darum, auf den politischen Wegen die Landesregierung dabei zu unterstützen, daß bestimmte Forderungen aus dem EG-Bereich künftig abgewehrt würden.

Die Landesregierung habe den Titelansatz in einem Maße erhöht, das sie im Moment für realisierbar gehalten habe.

Abg. Böse (SPD) bedauert, daß die F.D.P. für ihren Antrag, mit dem sie ein schon mehrfach angesprochenes Thema aufgegriffen habe, nicht gleichzeitig einen Deckungsvorschlag unterbreitet habe.